

**Florian Willershausen**

# Perspektiven der Demokratie in der Russischen Föderation

**Magisterarbeit**

# BEI GRIN MACHT SICH IHR WISSEN BEZAHLT



- Wir veröffentlichen Ihre Hausarbeit, Bachelor- und Masterarbeit
- Ihr eigenes eBook und Buch - weltweit in allen wichtigen Shops
- Verdienen Sie an jedem Verkauf

Jetzt bei [www.GRIN.com](http://www.GRIN.com) hochladen  
und kostenlos publizieren



### **Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:**

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de/> abrufbar.

Dieses Werk sowie alle darin enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsschutz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlanges. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Auswertungen durch Datenbanken und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme. Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen Wiedergabe (einschließlich Mikrokopie) sowie der Auswertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen, vorbehalten.

### **Impressum:**

Copyright © 2007 GRIN Verlag  
ISBN: 9783638821872

### **Dieses Buch bei GRIN:**

<https://www.grin.com/document/80605>

**Florian Willershausen**

**Perspektiven der Demokratie in der Russischen Föderation**

## **GRIN - Your knowledge has value**

Der GRIN Verlag publiziert seit 1998 wissenschaftliche Arbeiten von Studenten, Hochschullehrern und anderen Akademikern als eBook und gedrucktes Buch. Die Verlagswebsite [www.grin.com](http://www.grin.com) ist die ideale Plattform zur Veröffentlichung von Hausarbeiten, Abschlussarbeiten, wissenschaftlichen Aufsätzen, Dissertationen und Fachbüchern.

### **Besuchen Sie uns im Internet:**

<http://www.grin.com/>

<http://www.facebook.com/grincom>

[http://www.twitter.com/grin\\_com](http://www.twitter.com/grin_com)

# **Perspektiven der Demokratie in der Russländischen Föderation**

Hausarbeit zur Erlangung des Akademischen  
Grades eines Magister Artium

Vorgelegt dem Fachbereich Sozialwissenschaften, Medien  
und Sport der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

von

**Florian Willershausen**

Mainz, 11. Juni 2007

## Inhaltsübersicht

1.	Einleitung	1
2.	Politische Kultur nach Lenin – Charakteristika postkommunistischer Systemtransformation	6
2.1.	Transformation der Sowjetunion	6
2.2.	Stabilität politischer Systeme	12
2.2.1.	Kongruenz von Struktur und Kultur	13
2.2.2.	Politische Kultur und empirische Politikforschung	18
2.2.3.	Spezifika postkommunistischer politischer Kultur	22
2.3.	Politische Kultur als Determinante der Demokratisierung	29
3.	Russlands „gelenkte Demokratie“ – Theorie und Praxis russischer Innenpolitik	32
3.1.	Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit	32
3.1.1.	Die demokratische Verfassung Russlands	34
3.1.2.	Das präsidentiell-parlamentarische Regierungssystem	37
3.1.3.	Verfassungswirklichkeit unter dem Regime Putin	40
3.2.	Demokratische Qualität in der Russländischen Föderation	49
3.2.1.	Demokratie in Grauzonen	50
3.2.2.	Messung der Demokratiequalität	55
3.3.	Zusammenfassung: Die politische Struktur Russlands	61
4.	Die politische Kultur der Russländischen Föderation	62
4.1.	Subjektive Messung politischer Unterstützung	62
4.2.	Politische Unterstützung in Russland	64
4.2.1.	Werte und Prinzipien	66
4.2.2.	Politische Institutionen	73
4.2.3.	Performanz des Regimes Putin	77
4.3.	Zusammenfassung: Politische Unterstützung in Russland	87
5.	Perspektiven der Demokratie	89
6.	Zusammenfassung	99
7.	Literaturangaben	102
	Anhang	123

## 1. Einleitung

Die gewaltsame Niederschlagung friedlicher Demonstrationen von Putin-Kritikern<sup>1</sup> hat im Frühjahr 2007 weltweite Aufmerksamkeit auf die Innenpolitik der Russländischen Föderation<sup>2</sup> gelenkt. Einerseits schien die harsche Reaktion der Staatsmacht auf öffentlich vorgetragene Regimekritik latente Zweifel an der Demokratiequalität zu bestätigen, die auf diplomatischer Ebene zuweilen verdrängt worden waren. Andererseits könnte die deutliche Reaktion auf diese Protestbewegung die Schwäche des politischen Regimes unter Putin offenbaren, das seine Stabilität nur im Falle völliger gesellschaftlicher Konformität gewährleisten sieht. Diese Einschätzung führte Beobachter zu einem Vergleich mit der Ukraine, wo sich Ende 2004 in Reaktion auf Wahlfälschungen und die autoritäre Herrschaftspraxis des Kučma-Regimes<sup>3</sup> eine Massenbewegung für Demokratie formte (vgl. *Simon* 2005). Eine Art „Revolution in Orange“ wolle die Kreml-Führung unter allen Umständen verhindern, sagte der ehemalige deutsche Botschafter in Moskau, Ernst-Jörg von Studnitz, in einem Radio-Interview. Das harte Durchgreifen gegen „doch marginale Regungen demokratischen Selbstbewusstseins“ sei insofern als präventive Maßnahme zu verstehen (*Deutschlandfunk*, 17.04.2007).

Hat die Kreml-Führung eine „bunte Revolution“ zu erwarten wie sie seinerzeit in der Ukraine stattfand? Ein erster Blick fällt skeptisch aus: In Kiev demonstrierten Hunderttausende für Demokratie, bei den russischen Frühjahrsdemonstrationen standen jeweils weniger als 2.000 Regimekritiker einer ungleich höheren Zahl polizeilicher Einsatzkräfte gegenüber (vgl. *Siebert* 2007). Während die Ukraine unter Präsident Kučma über ein instabiles Regime verfügte, das eine

---

1 Aus Gründen der Übersichtlichkeit und der sprachlichen Vereinfachung werden in der Arbeit ausschließlich männliche Geni verwendet.

2 „Russländische Föderation“ (russisch: „Rossijskaja Federacija“) ist die offizielle Bezeichnung des Staates. Die Bezeichnung „Russland“ („Rossija“) kann hierzu laut Verfassung (Art. 1 Abs. 2) synonym verwendet werden. Die in deutscher Übersetzung häufig vorzufindende Bezeichnung „Russische Föderation“ wird abgelehnt, zumal eine semantisch vorstellbare wörtliche Entsprechung („Russkaja Federacija“) im russischen Sprachgebrauch nicht üblich ist.

3 Die Transliteration folgt dem internationalen wissenschaftlichen Standard (ISO). Bei Autorennamen und in Zitaten wird die jeweils vorgegebene Form berücksichtigt.



langjährige Stagnation der Wirtschaftsentwicklung zu verantworten hatte (vgl. *Simon* 2005), vermittelte das russische Regime unter Vladimir Vladimirovič Putin bis dahin den Eindruck einer relativ stabilen innenpolitischen Entwicklung. Vor allem vollzog sich seit Putins Eintritt in die russische Spitzenpolitik im August 1999 ein wirtschaftlicher Aufschwung, den die Kreml-Führung in ihrer Selbstdarstellung zu nutzen vermag: Das Bruttoinlandsprodukt ist von 1999 bis 2005 um 57 Prozent gewachsen, die Inflationsrate sank von über 80 Prozent im Jahr 1999 auf knapp über 10 Prozent in 2005 (vgl. *Clement* 2006: 20-21), das Realeinkommen stieg im Jahr 2006 wiederholt um etwa 10 Prozent (vgl. *Schröder* 2007: 2). Mehr als einen ersten skeptischen Eindruck hinsichtlich der Chancen für eine „bunte Revolution“ vermitteln diese Eckdaten allerdings nicht. Um zu einer wissenschaftlich tragfähigen Einschätzung des gesellschaftlichen Veränderungspotenzials zu kommen, müssen Einstellungsdispositionen innerhalb der Bevölkerung untersucht werden. Die sozialpsychologischen Einstellungen und Orientierungen innerhalb der Bevölkerung eines Landes werden als „Politische Kultur“ bezeichnet, die einen entscheidenden Einfluss auf Stabilität und Wandel eines jeweiligen politischen Systems ausübt (vgl. *Almond/Verba* 1963). Die Untersuchung der politischen Kultur in Russland steht im Mittelpunkt der vorliegenden Arbeit. Dabei beziehen sich die politisch-kulturellen Einstellungsdispositionen auf die politische Struktur, die als Bezugsobjekt politischer Kultur sowohl in ihrer verfassungsrechtlichen, als auch in ihrer realen Ausgestaltung untersucht werden wird.

Zentrale Fragestellung dieser Arbeit ist jene nach den Perspektiven der Demokratie in der Russländischen Föderation. Dem Ansatz der politischen Kulturforschung folgend, müssen politische Kultur und politische Struktur eines Landes in einer Kongruenzbeziehung zueinander stehen, damit die implementierte Herrschaftsordnung als dauerhaft und stabil bezeichnet werden kann (vgl. *Almond/Verba* 1963; *Fuchs* 2002). In etablierten Demokratien müsste dies bedeuten, dass essenzielle Werte und Prinzipien demokratischer Ordnungen – so wie Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit oder Gewaltenteilung – mit

den Wertpräferenzen der Bevölkerung weitgehend übereinstimmen. Doch die Russländische Föderation verfügt gegenwärtig über kein demokratisches Regime – diese Arbeitshypothese wird bereits im Titel der Arbeit implizit angedeutet, sie wird im dritten Kapitel empirisch nachgewiesen werden. In diesem Zusammenhang wird auch dargestellt, dass in Russland stattdessen ein autoritäres Regime regiert, dessen demokratische Verfassung lediglich zur Legitimierung des Machtanspruchs herangezogen und in der Regierungspraxis vielfach umgangen wird.

Theoretisch ist daher nicht nur die Frage nach der Stabilität der gegenwärtigen autoritären Regimeordnung von Bedeutung, sondern vielmehr deren Veränderungspotenzial. Perspektiven der Demokratie sind dann zu erwarten, wenn demokratische Einstellungen und Orientierungen der Bevölkerung einer nicht-demokratischen Regimestruktur inkongruent gegenüberstehen. Umgekehrt muss sich eine breite Unterstützung des aktuellen nicht-demokratischen Regimes negativ auf die Perspektiven der Demokratie auswirken. In der vorliegenden Untersuchung soll daher folgenden beiden Fragen nachgegangen werden: (1) Verfügt die politische Kultur über Einstellungen und Orientierungen, die eine demokratische Herrschaftsordnung ermöglichen könnten? (2) Wie stabil ist das gegenwärtig implementierte autoritäre Regime auf der Basis kongruenter Einstellungen und Orientierungen innerhalb der Bevölkerung? Die empirische Analyse beider Aspekte der politischen Kultur bildet die Grundlage einer soliden Einschätzung der Perspektiven der Demokratie in der Russländischen Föderation.

Ein stabiles Russland ist für die internationale Staatengemeinschaft von essenziellem Interesse. Es handelt sich um ein rohstoffreiches und ökonomisch wichtiges Land, das eng in die Weltwirtschaft integriert ist. Überdies verfügt Russland über das weltweit zweitgrößte Nuklearwaffenarsenal und besitzt als Regionalmacht ein beachtenswertes Konfliktlösungspotenzial im Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. Wiewohl kurzfristig eine wirtschaftlich stabile Entwicklung erreicht werden konnte (vgl. *Clement* 2006), ist langfristige Stabilität

lediglich im Rahmen einer funktionierenden demokratischen Ordnung zu erwarten (vgl. *Merkel* 1999: 57-67). Demokratien zeichnen sich gegenüber autoritären Regimen durch eine höhere politische Produktivität, eine tendenziell leistungsfähigere Ökonomie, effektivere Gewährleistung politischer Rechte und individueller Freiheiten, Lern- und Anpassungsfähigkeit, ein hohes Problemlösungspotenzial, sowie Friedens- und auch Verteidigungsfähigkeit aus (vgl. u.a. *Almond/Powell* 1996; *Huntington* 1996; *Schmidt* 1998, 2000). In der Summe bezeichnet *Diamond* (1999) Demokratie als „generally a good thing“ (*Diamond* 1999: 2) – eine normative Bewertung, die auch dieser Arbeit zu Grunde liegt. Auf objektive Argumente für Demokratie muss gerade in Russland deutlich hingewiesen werden, denn die Notwendigkeit der Umsetzung demokratischer Reformen wird in diesem über Jahrhunderte autoritär und totalitär geführten Land auch in akademischen Diskursen keineswegs als selbstverständlich erachtet (vgl. u.a. *Ševcova* 2006: 3-4; *Petuchov* 2007: 73). Wiewohl Demokratie in der vorliegenden Untersuchung eine positive Konnotation erfährt, soll ein Demokratie-Determinismus vermieden werden. Die implizite Annahme in zahlreichen Demokratisierungsstudien, wonach eine stabile, konsolidierte Demokratie das nahezu zwangsläufige Resultat von Transformationsprozessen sei, erscheint angesichts einer Vielzahl formal demokratischer Systeme mit unübersehbaren demokratischen Defiziten unplausibel. Zu den zahlreichen Beispielen gescheiterter Demokratisierungen zählen im postsowjetischen Raum in erster Linie Belarus (vgl. *Förster* 1998) und Azerbajdžan (vgl. *Babayev* 2006). Dass auch in der Russländischen Föderation im Untersuchungszeitraum (2000 bis 2006) ein autoritäres Regime errichtet wurde, schließt keineswegs per se die Möglichkeit aus, dass sich in Zukunft eine demokratische politische Ordnung herausbildet. Basis einer solchen Entwicklung hin zur Demokratie müsste eine demokratisch gelagerte politische Kultur sein.

Der Hauptteil der vorliegenden Untersuchung wird in folgende Kapitel gegliedert. Im zweiten Kapitel wird das Konzept der politischen Kultur als theoretischer Rahmen vorgestellt und im Hinblick auf die Spezifika postkommunistischer Systemtransformationen diskutiert. Ein Zuschnitt auf die Besonderheiten der postkommunistischen Systemtransformation ist mit Blick auf Russland von entscheidender Bedeutung. Das Konzept der politischen Kultur nach Almond und Verba (1963) bezieht sich als Analyserahmen explizit auf sämtliche politische Systeme, findet aber meist zur Untersuchung demokratischer politischer Systeme Anwendung (vgl. *Pickel/Pickel* 2006: 52). Darum wird auf konzeptionelle Weiterentwicklungen zurückgegriffen, mit deren Hilfe der Ansatz der politischen Kulturforschung für eine empirisch-analytische Untersuchung der russländischen politischen Kultur anwendbar wird. Im Vordergrund des dritten Kapitels steht zunächst die Darstellung der Verfassungsnorm der Russländischen Föderation, die die Politik strukturieren und anleiten sollte. Im Anschluss daran wird deren faktische Umsetzung in der Realität betrachtet. Die Qualität der Demokratie in Russland wird mit Hilfe qualitativer Analysen der Organisation „Freedom House“ bewertet; auf der Basis dieser Ergebnisse kann der Regimetyp entsprechend einer Typologie nach Diamond (1999) ermittelt werden. Ergebnis soll eine möglichst objektive Darstellung der politischen Struktur Russlands sein, auf die subjektive Einstellungen und Orientierungen der politischen Kultur bezogen werden. In Kapitel 4 wird politische Unterstützung als zentrale Einstellungskomponente politischer Kultur untersucht. Dabei kann auf Umfragedaten des Moskauer Sozialforschungszentrum Jurij Levada zurückgegriffen werden. Im fünften Kapitel wird politische Kultur in Bezug auf die politische Struktur bewertet, um daraus Perspektiven einer demokratischen Entwicklung in Russland ableiten zu können. In dem inhaltlich abschließenden sechsten Kapitel wird eine Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse vorgenommen, der sich ein Ausblick auf weitere Forschungsperspektiven anschließt.

## **2. Politische Kultur nach Lenin – Charakteristika postkommunistischer Systemtransformation**

### **2.1. Transformation der Sowjetunion**

Infolge des Zerfalls der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) sind Anfang der 1990er Jahre über zwei Dutzend souveräner Staaten entstanden, die sämtlich mit der Herausforderung einer Systemtransformation konfrontiert wurden (vgl. *Linz/Stepan* 1996: 440-441; *Parrott* 1997: 1). So bezeichnet die politikwissenschaftliche Forschung „die Implementation eines umfassenden institutionellen Netzwerkes, das die Handlungsmöglichkeiten der Akteure unabhängig von deren Deutungszusammenhängen, Einstellungen und Kompetenzen sowie ungeachtet von Qualität und Quantität der stofflichen und finanziellen Ressourcen zwanghaft und dauerhaft strukturieren und keiner ernsthaften Revision unterliegen kann“ (*Brie* 1995: 48). Die heuristische Attraktivität des Begriffs „Systemtransformation“ liegt darin, dass darunter nicht allein politische, sondern u.a. auch ökonomische und kulturelle Transformationsprozesse subsumiert werden können (vgl. *Merkel* 1999: 73). Politische Unterstützung bezieht sich primär auf das politische System, das aber beispielsweise mit dem ökonomischen Teilsystem in einem strukturellen Zusammenhang steht (vgl. *Easton* 1965: 25). Der Systemebene untergeordnet ist ein politisches Regime, bezeichnet als „die formelle und informelle Organisation des politischen Herrschaftszentrums einerseits und dessen jeweils besonders ausgeformte Beziehungen zur Gesamtgesellschaft andererseits“ (*Merkel* 1999: 71). Regime definieren und strukturieren Herrschaftszugang, Machtbeziehungen und das Verhältnis zu den Herrschaftsunterworfenen (vgl. *Merkel* 1999: 71). Ihrem Handlungsrahmen sind auch Regierungen unterworfen, die in der Regel ohne schwerwiegende Erschütterung der Herrschaftsstruktur ausgewechselt werden können (vgl. *Merkel* 1999: 71).

Häufig wird der Transformationsbegriff mit „Demokratisierung“ verknüpft, wenn die Implementation und Stabilisierung einer demokratischen politischen Ordnung das normative Ziel einer Systemtransfor-

mation ist (vgl. u.a. *Huntington* 1991; *Remington* 1997; *Rüb* 1996; *Merkel/Puhle* 1999; *Merkel u.a.* 2003). Unterschieden werden im Wesentlichen zwei Phasen der Demokratisierung: Die Transitionsphase mit der Absetzung eines autoritären Regimes und der Einführung demokratischer Strukturen (vgl. *O'Donnell/Schmitter* 1986: 6), sowie die Phase demokratischer Konsolidierung, in deren Verlauf sich Einstellungen zur Demokratie tief in den Orientierungssystemen von Elite und Bevölkerung verankern und die Demokratie gegen autoritäre Rückentwicklungen abgesichert wird (vgl. *Linz/Stepan* 1996: 5-7; *Schedler* 1998: 91).<sup>4</sup> Allerdings sind die beiden idealtypischen Phasen analytisch schwer voneinander abzugrenzen. So kann Konsolidierung in einzelnen Dimensionen – etwa auf der Ebene des Parteiensystems – bereits fortgeschritten sein, bevor die Transitionsphase mit der Verabschiedung und Inkraftsetzung einer demokratischen Verfassung abgeschlossen ist (vgl. *Merkel* 1999: 143; *Merkel u.a.* 2003: 21). Deswegen wurde vorgeschlagen, Transition und Konsolidierung als ineinander übergreifende Phasen zu betrachten (vgl. *Krennerich* 2002; *Jacobs* 2004). Dies erscheint umso sinnvoller, als dass insbesondere im postsowjetischen Raum eklatante Unterschiede hinsichtlich des Fortschritts demokratischer Transition und Konsolidierung zu beobachten sind: Das autoritäre Regime Turkmenistans etwa scheint abgesehen von der kommunistischen Vergangenheit kaum Gemeinsamkeiten aufzuweisen mit jenen Ostmitteleuropas, die in der Regel als konsolidierte Demokratien betrachtet werden und in die Strukturen der Europäischen Union eingebunden sind (vgl. *Linz/Stepan* 1996: 235; *Parrott* 1997: 2). Und wie das Beispiel der postsowjetischen Republik Belarus verdeutlicht, ist selbst nach der Implementierung demokratischer Strukturen eine Rückentwicklung zu einer repressiven Form des Autoritarismus nicht auszuschließen (vgl. *Förster* 1998; *Steinsdorff* 2004). Insofern sollte die Entwicklungsrichtung der Transformationsprozesse undeterminiert bleiben. Bereits in der klassischen Transitionsstudie nach O'Donnell und

---

4 Ein weiter gefasster Begriff der „Transition“, der insbesondere in der englischsprachigen Literatur Anwendung findet (vgl. u.a. *Elster u.a.* 1998; *Fuchs/Roller* 1998; *Lijphart/Waisman* 1996), schließt die Konsolidierungsphase ein und kann folglich komplementär zu der hier favorisierten Bezeichnung „Systemtransformation“ verwendet werden.